

**II-1584 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode**

Nr. 76811

1980 -10- 08

A N F R A G E

der Abgeordneten Mag. Höchtl und Kollegen
an den Bundesminister für Bauten und Technik
betreffend Erweiterungsbauten des Bundesgymnasiums KLOSTERNEUBURG

In der Anfrage II/14 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates, XV. Gesetzgebungsperiode vom 19.6.1979, sowie deren Beantwortung Zl 10.101/49-I/1/79 vom 3.3.1979 wurden u.a. seitens Ihres Vorgängers folgende Festlegungen getroffen:

Kontaktaufnahme mit der Stadtgemeinde Klosterneuburg zur Verlängerung der mit Oktober 1980 befristeten Schenkungszusage der Grundstücke, Baudauer 2 bis 3 Jahre.

In der Anfrage II/296, XV. Gesetzgebungsperiode vom 23.10.1979, sowie deren Beantwortung II/427 vom 10.12.1979 wurden Ihrerseits folgende Festlegungen getroffen:

"Anlässlich einer interministeriellen Aussprache über das Bauprogramm 1980 wurde der Baubeginn für den Erweiterungsbau des Bundesgymnasiums in Klosterneuburg, Buchberggasse, für das Jahr 1980 festgesetzt" und

"Es wurde Vorsorge getroffen, daß die für einen Baubeginn bereits im Jahre 1980 aufzuwendenden Mittel zur Verfügung stehen werden." und

"Der Erweiterungsbau des Bundesgymnasiums in Klosterneuburg wird voraussichtlich im Jahre 1983 zur Verfügung stehen."

Der Bundesminister für Unterricht und Kunst hat schriftlich den Baubeginn für Herbst 1980 zugesagt (Schreiben Zl. 33 510/23-39/79 an den Elternverein BG Klosterneuburg). Von Ihrem Ministerium wurde für 1980 ein Betrag von S 3 Millionen aus den Mitteln des staatlichen Hochbaus bereitgestellt, um den Baubeginn zu ermöglichen.

Mit Schreiben vom 21.4. 1980 informierte die Direktion des BG Klosterneuburg den Landesschulrat für Niederösterreich über den Zustand für das Schuljahr 1980/1981: Es müssen 2 Klassen in Gugging (Entfernung ca. 3 km) als Expositur errichtet werden, sodaß derzeit insgesamt bereits vier Wanderklassen außerhalb des Schulgebäudes erforderlich sind. Für die ersten Klassen konnten nicht mehr sämtliche Ansuchen um Aufnahme erfüllt werden, in den bestehenden Klassen wird teilweise die gesetzlich festgelegte Schülerhöchstzahl von 36 überschritten.

Durch das Amt der NÖ-Landesregierung wurden zeitgerecht alle erforderlichen Schritte zur Planungsvorbereitung getroffen, sodaß die Aufträge für Architekten, Statiker, Haustechnik und Geometer seit geraumer Zeit vergeben sind. Die Einreichung des Vorentwurfes erfolgte durch den Architekten am 22.1.1979 beim Amt der NÖ-Landesregierung, die Besprechung in Ihrem Ministerium am 29.5.1979 und die schriftliche Genehmigung Ihres zuständigen Ressorts erging mit Datum 25.10.1979.

Die Einreichung des Entwurfes erfolgte durch den Architekten am 25.2.1980 beim Amt der NÖ-Landesregierung, die Besprechung in Ihrem Ministerium am 12.5.1980, eine schriftliche Genehmigung erfolgte bisher nicht.

Ohne schriftliche Zustimmung ist die Weiterarbeit an der jeweils folgenden Planungsphase nur mit erheblichem Risiko möglich, da Änderungswünsche oder Auflagen durch dieses Genehmigungsschreiben auf die Weiterarbeit einen entscheidenden Einfluß nehmen können.

Sie haben sehr bald nach Ihrer Ernennung zum Bundesminister für Bauten und Technik erklärt, daß die in der Privatwirtschaft selbstverständliche zügige Baudurchführung, die von der Gesamtsumme her einen wesentlichen Einfluß auf die Höhe der Baukosten hat, ein Anliegen Ihrer Amtsführung sein wird. Die zügige Baudurchführung mit Ihrem Einfluß auf die Vergabe der Professionalistenleistungen und die Vermeidung von nur durch den Zeitablauf bedingten Lohn- und Materialerhöhungen zur Senkung der Gesamtbaukosten wurde als eines der Reformziele Ihres Ministeriums apostrophiert.

Nach einer jüngst veröffentlichten repräsentativen Umfrage sagen 74% der 14- bis 24-jährigen Österreicher und Österreicherinnen, "Politiker sprechen die Unwahrheit, vor allem in Wahlzeiten". Dieser Aussage sollte quer durch alle Parteien durch glaubwürdiges Verhalten vehement entgegengewirkt werden.

Zusammengefaßt kann gesagt werden, daß die getroffenen Vorbereitungen bei einer (vorausgesetzten) Zusammenarbeit aller Dienststellen einen Baubeginn gemäß Ihrer Anfragebeantwortung ermöglichen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Bauten und Technik folgende

ANFRAGE

1. Haben Sie mit der Stadtgemeinde Klosterneuburg Kontakt aufgenommen, um die Zusage zur Bereitstellung der Grundstücke zu verlängern?

-3-

2. Ist in Ihrem zuständigen Ressort die Arbeit soweit abgeschlossen, daß - wie versprochen - mit einem Baubeginn noch 1980 zu rechnen ist, wenn man berücksichtigt, daß die Planungsarbeiten erst nach Ausfertigung der Genehmigung des Entwurfs weitergeführt werden können?
3. Welche Schritte gedenken Sie in Ihrem Ressort und beim Bundesminister für Finanzen zu unternehmen, um die zugesagte Baudauer von 2 bis 3 Jahren für den Zubau und die Adaptierung des Altbauers in finanzieller Hinsicht sicherzustellen?
4. Sind im Budget für 1981 ausreichende Mittel bereitgestellt, um einen zügigen Baufortschritt zu garantieren?
5. Wann wird also der Erweiterungsbau und der adaptierte Altbau endgültig für den Unterricht zur Verfügung stehen?